Zeitschrift: Bulletin : Kommunikationswissenschaft = sciences des communications sociales

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Band: - (1981)

Heft: 2

Artikel: "Neue Ansätze zur Erforschung der politischen Kommunikation"

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-790546

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Neue Ansätze zur Erforschung der politischen Kommunikation»

So lautete das Tagungsthema, für den von der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft (SGKM) und der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) *gemeinsam* in Zürich, am 7. und 8. Mai, veranstalteten Workshop. – Nachfolgende drei Berichte geben einen Überblick über den angesprochenen Problemkreis, Forschungsgegenstand und Forschungsmethoden.

Kommunifizierung der Politik?

Von Walter Hömberg, München

Gleich zu Beginn diagnostizierte der Hohenheimer Kommunikationswissenschaftler Manfred Rühl *zwei Syndrome*, an denen die Erforschung der politischen Kommunikation leidet: das Instrumentengesetz und das Laternensyndrom. Während einige Forscher sich eher auf die Instrumente als auf die Gegenstände ihrer Untersuchung konzentrieren – wie ein kleiner Junge, der, stolz auf den Besitz eines Hammers, die ganze Welt behämmern will –, fahnden andere an der falschen Stelle – wie jener Mann, der seine Schlüssel im Schein einer Straßenlaterne sucht und auf die Frage, wo er sie denn verloren habe, auf die gegenüberliegende Seite zeigt, mit dem achselzuckenden Hinweis: «Aber dort ist es leider stockdunkel...»

Politische Kommunikation, heute oft zum modischen Schlagwort verkommen, hat als Reflexionsgegenstand eine lange Tradition. Rühl erinnerte an die Dialoge zur Machtethik in Platons «Gorgias», an die «Rhetorik» des Aristoteles und den «Principe» Machiavellis, betonte aber zugleich, daß die alte Frage nach dem «Wesen» des Politischen für empirisch orientierte Wirklichkeitswissenschaftler unbrauchbar sei, da sie sich nicht forschungsmäßig operationalisieren lasse. Aus der gleichen Perspektive gerieten die basisdemokratischen Partizipationsforderungen ins Schußfeld – wobei sich freilich deren Verfechter, da erklärtermaßen von anderen Prämissen ausgehend und auf eine wie immer abgeleitete Soll-Vorstellung fixiert, kaum ernstlich angegriffen fühlen dürften.

«Empirisch zugängliche Rationalität», das war die Meßlatte, mit der Rühl die Bezugseinheiten politischer Kommunikation zu bestimmen suchte. Dabei kritisierte er eine individualistische Sichtweise, die Probleme politischer Kommunikation auf die Beziehungen zwischen einzelnen Trägern wie «dem Wähler», «dem Bürger», «dem Politiker» und «dem

Journalisten» verkürzt. Gegenüber solchen personen- oder rollenzentrierten Ansätzen wurde das Konzept der Systemtheorie favorisiert. Das breit angelegte Eröffnungsreferat mündete in ein Plädoyer zur Erforschung der Makrophänomene, der politisch-kommunikativen Zusammenhänge und Entwicklungsverläufe.

«Globale Machtstrukturen determinieren die internationalen Kommunikationsflüsse» – diese Ausgangshypothese versuchten Michael Schanne und Werner Meier vom Publizistischen Seminar der Universität Zürich durch einen Vergleich der Auslandsmeldungen deutscher und schweizerischer Tageszeitungen zu belegen. Die mitgeteilten Daten lassen freilich eine Differenzierung der «next door giant»-These geraten erscheinen, nach der Kleinstaaten ihren mächtigeren Nachbarn in jedem Falle mehr Aufmerksamkeit zuwenden als umgekehrt. Der hier verwendete kompakte Machtbegriff erwies sich als problematisch, da er politische, ökonomische und kulturelle Abhängigkeiten nicht auseinanderhielt. Ein weiterer Schwachpunkt der Studie lag, soweit in dem Kurzreferat erkennbar, in der konventionellen nationalstaatlichen Betrachtungsweise, die allein bilaterale Beziehungen berücksichtigt, multi- und transnationale Verflechtungen jedoch ausblendet.

Dem theoriebezogenen Forschungsüberblick und der empirischen Detailstudie folgte ein Thesenreferat, das sich ausdrücklich auf den – zuvor gescholtenen – Alltagsverstand berief und auf der Ebene «beobachtbarer praktischer Phänomene» argumentierte. Wolfgang R. Langenbucher, Universität München, konstatierte eine «Kommunifizierung der Politik» und versuchte diesen Befund durch folgende Indizien zu stützen:

- Wahlkämpfe werden von den Politikern bewußt als Kommunikationsereignisse inszeniert; dies zeigen auch die jüngst in der Bundesrepublik vorgelegten Rezeptbücher zur Wahlkampfführung von Radunski und Wolf.
- Die staatliche Öffentlichkeitsarbeit gewinnt, abzulesen an der Zahl der Pressesprecher und Pressestellen, ständig an Bedeutung.
- Die Professionalisierung politischer Kommunikatoren nimmt zu; sie übertreffen darin bereits häufig – siehe die Fernsehsendungen während der letzten Wahlkämpfe – die Journalisten.
- Die Parteien entwickeln sich immer mehr zu Kommunikationsinstitutionen.
- Der Persuasions- (= Überzeugungs-)Bedarf für das politische System wächst offenbar mit einer Verengung des tatsächlichen Handlungsspielraums.

Langenbuchers Thesen bezogen sich beinahe ausschließlich auf das Fernsehen. Dieses Medium habe einen neuen Typ des politischen Kommunikators geschaffen, und es sei wohl kein Zufall, daß mit Ronald Reagan ein *Schauspieler* eine Hauptrolle auf der politischen Bühne übernommen habe. Das Fernsehen sei als Instrument einer raschen

Aktualisierung bevorzugtes Objekt politischer Einflußversuche, und als Folge der Indienstnahme durch politisches Marketing habe das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem insgesamt an Autonomie verloren. Konsequenz für den Arbeitsmarkt: Neben politischen PR-Spezialisten werden immer mehr sogenannte Medienberater gesucht.

Der zweite Teil der Züricher Tagung gehörte den Methodenspezialisten. Lee B. Becker, Ohio State University, und Hans-Jürgen Weiß, Universität Göttingen, skizzierten zunächst den «Agenda-Setting»-Ansatz, der in den Vereinigten Staaten seit zehn Jahren eine wichtige Rolle spielt und mit der üblichen Verspätung inzwischen auch im deutschsprachigen Raum Anhänger findet. Während die klassische Medienwirkungsforschung vor allem die Einstellungs- und Verhaltensänderungen der Rezipienten untersucht hat, richtet das neue Konzept sein Hauptaugenmerk auf die Wissensvermittlung. Dabei geht man davon aus, daß die Medien, die Themen der öffentlichen Kommunikation festlegen und strukturieren. («Agenda-Setting» könnte man übersetzen mit «Festlegen einer Tagesordnung».)

Die ursprüngliche Annahme einer spiegelbildlichen Wirkung, die aus dem Vergleich von Inhaltsanalysen der Medien und Publikumsumfragen gestützt zu werden schien, wurde durch differenzierte Untersuchungsanlagen stark relativiert. Nicht nur die Realitätsdarstellungen der Massenmedien, sondern auch Variablen wie subjektive Medienbindung, Orientierungsbedürfnis, Gesprächsverhalten und sozio-ökonomische Situation beeinflussen das Realitätsbewußtsein der Mediennutzer. Beckers Resümee: «Die Wirkungen der Medien können nicht monolithisch sein.»

Vorsichtig abwägend auch die Beiträge zur Bedeutung der Inhaltsanalyse für die Erforschung politischer Kommunikation. Denis McQuail, Universität Amsterdam, entwickelte im Anschluß an einen Forschungsüberblick ein Kategorienraster zur Untersuchung politischer Interaktionen. Klaus Merten, Universität Gießen, charakterisierte die Inhaltsanalyse als «manisches, ja mystisches Beiwerk politischen Handelns» und griff weit zurück in die Geschichte, indem er die Methode zurückverfolgte bis zu den römischen Auguren, die den Vogelflug prognostisch ausdeuteten. Die bekannten Zuverlässigkeits- und Objektivitätsprobleme sozialwissenschaftlicher Datenerhebung kamen mehrfach zur Sprache, unter anderem auch in dem Korreferat von Louis Bosshart, Fribourg/München, – eine Rückkehr zu hermeneutischen Interpretationsverfahren, wie sie heute etwa in der Soziologie wieder zu beobachten ist, wurde jedoch – Zufall? – nicht einmal erwogen.

Seit der berühmten Erie-County-Studie von Lazarsfeld, Berelson und Gaudet, im Jahre 1940, sind Wahlen das klassische Objekt empirischer Untersuchungen zur politischen Kommunikation, und das ist, wenn man an die Frage der Zuteilung von Forschungsmitteln und an die Verwertungsinteressen denkt, gewiß kein Zufall. Aus einer solchen Studie,

durchgeführt anläßlich der Europawahl 1979 in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, teilte Klaus Schönbach, Universität Münster, einige Daten mit. Ein Viertel bis die Hälfte des befragten repräsentativen Querschnitts der deutschen Bevölkerung veränderte demnach während der Zeit des Wahlkampfs die Einschätzung der Wichtigkeit bestimmter Problembereiche, und zwar fast ausschließlich in negativer Richtung. Am wenigsten veränderte sich die Beurteilung materieller Themen wie Preise, Renten, Arbeitslosigkeit, am stärksten die Einschätzung immaterieller Bereiche wie Europäische Einigung, Todesstrafe, Kernkraftwerkstop. Die Erhebung, die mehrere Methoden kombiniert (Experteninterviews, Bevölkerungsumfragen, Inhaltsanalysen von Tageszeitungen und Fernsehsendungen), bestätigt den überragenden Einfluß des Fernsehens nicht: «Die Presse hat zumindest gleichstarken Effekt!» Die in Zürich präsentierten Häppchen machten Appetit auf die Gesamtergebnisse dieser breit angelegten vergleichenden Untersuchung, die ab Herbst dieses Jahres in einer Reihe von Forschungsberichten zugänglich sein sollen.

Bei der Europawahl herrschten freilich Bedingungen, die auf andere Wahlkämpfe nicht zutreffen (geringe Polarisierung der Medienberichterstattung, spezielle Wahlkampfdramaturgien der Parteien etc.). Aber dieses Generalisierungsverbot betrifft alle derartigen Untersuchungen – auch die umstrittene Studie von Elisabeth Noelle-Neumann zur Bundestagswahl 1976. Die Mainzer Publizistikprofessorin referierte zum Abschluß der Tagung über «Öffentlichkeit als wissenschaftlicher Begriff». Dabei befaßte sie sich eingehend mit der Ideengeschichte der öffentlichen Meinung und umriß das jeweilige politische und kulturelle Umfeld. Besonders betonte sie den Aspekt der sozialen Kontrolle: «Sozialpsychologisch gesehen ist Öffentlichkeit jener Zustand, wo der einzelne von allen gesehen und beurteilt wird, wo sein Ruf und seine Beliebtheit auf dem Spiel stehen.» Noelle-Neumann hob hervor, daß ihr eigener Ansatz, bekannt geworden unter der Metapher der «Schweigespirale», als «offenes Forschungskonzept» zu verstehen sei, «bedürftig nach allen Seiten». Zur weiteren Untermauerung seien an der Universität Mainz etwa fünfzig Literaturstudien in Arbeit, die sich vor allem den historischen, literarischen und wissenschaftsgeschichtlichen Dimensionen der öffentlichen Meinung widmeten.

Gegenüber der sozialpsychologischen Perspektive betonte Peter Hunziker, Universität Konstanz, die gesellschaftliche Seite der Öffentlichen Meinung und forderte, vermehrt die sozialen Rahmenbedingungen sowie die Integrationsstruktur der Bevölkerung empirisch zu beschreiben und theoretisch zu analysieren. Insgesamt bestand Einigkeit darüber, daß die Forschung künftighin die gesamtgesellschaftlichen Bedingungen und Folgen politischer Kommunikation stärker ins Visier nehmen sollte.

«Neue» Ansätze zur Erforschung der politischen Kommunikation? –

Inhaltlich war der Innovationsgehalt der von dem Zürcher Publizistikwissenschaftler Ulrich Saxer kompetent arrangierten und anregend präsidierten Fachkonferenz begrenzt. Das Neue lag wohl eher darin, daß wissenschaftliche Konzepte, Hypothesen und Ergebnisse zu einem so heiklen Themenfeld angemessen, das heißt: ohne die in der öffentlichen Diskussion sonst leider üblichen Vergröberungen und Verfälschungen, präsentiert und diskutiert werden konnten.

Bemerkungen von Hans-Jürgen Weiß, Göttingen

Es ist sehr positiv zu werten, daß mit dem Thema «Politische Kommunikation» eines der großen Probleme, mit denen sich die empirische Kommunikationsforschung konfrontiert sieht, einmal gemeinsam auf der Tagesordnung der bundesdeutschen und der schweizerischen kommunikationswissenschaftlichen Gesellschaft stand. Mit der These von der Agenda-Setting- bzw. der Themenstrukturierungsfunktion der Massenmedien und der Schweigespirale-Theorie waren auch zwei gute Beispiele der aktuellen Forschung im Programm. Allerdings hätte ich mir nicht nur die jeweils separate, interne Diskussion dieser beiden Ansätze gewünscht, sondern in stärkerem Maße auch die Erörterung der Frage, welche Konsequenzen sich z.B. aus der bisherigen Agenda-Setting-Forschung für die Schweigespirale-Theorie ergeben. Tatsächlich hing der Tagesabschnitt über die Problematik der Inhaltsanalyse – inhaltlich, nicht von den Referenten her! – auch etwas in der Luft und hätte vielleicht besser der Intensivierung einer solchen, ansatzüberschreitenden Diskussion dienen sollen.

Statement von Erhard Schreiber, München

Über ein Differentialkriterium zur präzisen Bestimmung *politischer* Kommunikation verfügt auch die moderne Kommunikationswissenschaft noch nicht. Manfred Rühl gab das unumwunden zu. Sein Trendreport klassifizierte souverän sowohl theoretische Ansätze als auch theoriegeleitete und theorielose Bereiche der empirischen Forschung in diesem noch nicht besonders klar definierten Gebiet. Die unbeantworteten Fragen wurden nicht unterdrückt, sondern redlich enumeriert.

Unterstellt man heute den Konsens, daß sich die empirische Analyse der politischen Kommunikation *drei Subsystemen*, Kontexten oder Handlungsräumen des Gesamtsystems Politik zuwenden muß, wie das E. Lippert, G. Räder und H.-J. Weiß 1979 auf dem Kongreß der Deutschen Vereinigung für politische Wissenschaft in Augsburg vorgeschlagen haben, nämlich dem *politischen System im engeren Sinn*, in dem Politik hergestellt und dargestellt, *dem Mediensystem*, in welchem sie dargestellt und vermittelt wird, sowie dem *Handlungsraum des politi-*

schen und medialen Publikums, wo Politik rezipiert und perzipiert wird, dann rücken neben dem klassischen Paradigma der Persuasion durch Massenmedien und den motivationalen Ansätzen in der Wirkungsforschung die Agenda-Setting-Hypothese sowie das Konzept der öffentlichen Meinung ins Zentrum des Interesses. Die beiden letzteren standen in Zürich auf dem Prüfstand.

Die vorwiegend methodologische Diskussion des Agenda-Setting-Konzepts wirkte in vielen Punkten klärend und anregend (L. Becker, H.-J. Weiß, K. Schönbach, D. McQuail, K. Merten, L. Bosshart). Als konstruktiv im eminenten Sinne erwies sich die wohltuend sachlich vorgetragene Kritik des von Elisabeth Noelle-Neumann beredt verteidigten wissenschaftlichen Begriffs der öffentlichen Meinung durch M. Rühl, P. Hunziker und W. Schulz: Indem ihre Kritiker nämlich vortrugen, die Theorie der öffentlichen Meinung Noelle-Neumanns sei allzu einseitig individuenzentriert und expliziere vornehmlich mikrosoziologische Phänomene, brachten sie die noch fehlende makrosoziologische Perspektive wenigstens richtungweisend und andeutungsweise selber in die Konzeption der Referentin ein: Aus These und Antithese ergab sich denn auch wissenschaftlicher Konsens.

Die von Manfred Rühl und Ulrich Saxer als Gastgeber umsichtig vorbereitete Tagung war keine Versammlung monologisierender Monaden, sondern ein *Workshop par excellence:* ein Werkstattgespräch, bei dem jeder bereit war, vom anderen zu lernen, und bei dem dadurch jeder lehrte, was der Topos «scientific community» bedeuten kann, wenn man ihn ernst nimmt.